

Dr. Michael Griesbeck	Seite
„Integration in Deutschland – eine gesellschaftliche Zukunftsaufgabe“	1
Petra Roth	9
Perspektiven der Integrationspolitik in Deutschland	
Zusammenfassende Ergebnisse der Foren	14

Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 7./8. März 2013 im Bildungszentrum Schloss Eichholz (Wesseling)
„Integration in Deutschland – was ist noch zu tun?“

Dr. Michael Griesbeck
Vizepräsident im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Einführungsvortrag am 7. März 2013
„Integration in Deutschland – eine gesellschaftliche Zukunftsaufgabe“

Sehr geehrter Herr Dr. Gruber,
sehr geehrte Damen und Herren,

I.

ich bin gerne gekommen, weil mir das Thema des Impulsreferates „Integration in Deutschland – eine gesellschaftliche Zukunftsaufgabe“ sehr am Herzen liegt.

Erfolgreiche Integration ist eine **gesellschaftliche** Zukunftsaufgabe, weil sie der Sicherung

des gesellschaftlichen Zusammenhalts dient. Sie ist eine zentrale **Zukunftsaufgabe**, weil unsere Gesellschaft immer vielfältiger und älter, kurzum heterogener wird: Von den rund 82 Millionen Einwohnern in Deutschland haben rund 16 Millionen einen Migrationshintergrund. Mehr als die Hälfte davon hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Während die Bevölkerungszahl insgesamt sinkt, steigt der Anteil der Migrantinnen und Migranten. Jedes dritte Kind in Deutschland unter fünf Jahren hat ausländische Wurzeln. Diese Vielfalt gilt es zu gestalten, damit ein Miteinander ohne Vorurteile gelingt.

Ein weiterer Aspekt ist, dass in den nächsten 15 Jahren die Bevölkerung von heute rund 82 Mio. Personen auf 77 bis 79 Mio. Personen sinken wird, einhergehend damit wird auch die Erwerbsbevölkerung von 50 Mio. auf etwa 42 Mio. sinken. Wir müssen also darüber diskutieren, wie die in vielen Bereichen benötigten ausländischen Fachkräfte gewonnen werden können.

Erfolgreiche Integrationsarbeit erfordert Engagement, Bereitschaft und Offenheit von der gesamten Gesellschaft: von Jungen und Alten, Zugewanderten und solchen ohne Zuwanderungsgeschichte. Dieser Prozess muss gestaltet werden. Was ist also zu tun, wo sollten Schwerpunkte gelegt werden und wie sollten wir dabei vorgehen?

Um diese Fragen zu beantworten, möchte ich – exemplarisch für die Integrationsarbeit im gesamten Bundesgebiet - die Entwicklung der Integrationsarbeit des Bundesamtes seit 2005 darstellen.

Dabei wird sich zeigen, dass die Maßnahmen und Angebote, die speziell auf Unterstützung und Begleitung der Zuwandernden ausgerichtet sind, in letzter Zeit ergänzt wurden um Angebote, die auch Nicht-Zugewanderte in den Prozess einbeziehen und für die Vielfalt in unserer Gesellschaft öffnen wollen.

Seit dem Jahr 2005 ist Integration eine gesetzlich verankerte Aufgabe des Staates. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die Aufgaben des Bundes im Bereich Integrationsförderung und Migrationsforschung übernommen, wodurch hier ein Großteil der Integrationsaufgaben des Bundes gebündelt wurde.

Für die Gruppe der Zuwanderer bietet das Bundesamt mit dem Aufenthaltsgesetz seit 2005 eine breite Palette unterschiedlicher Maßnahmen an:

- Seit 2005 gibt es mit den **Integrationskursen** erstmals Grundangebot zur sprachlichen Integration (Sprache als Schlüssel zur Integration), das als Anspruch für Neuzuwanderer ausgestaltet ist. Es besteht die Teilnahmemöglichkeit für Altzuwanderer im Wege der sogenannten nachholenden Integration. Es ist aber auch eine Verpflichtung möglich. Die Integrationskurse sind eine Erfolgsgeschichte: Seit 2005 gibt es über 1,1 Mio. Berechtigte und 900.000 Teilnehmer, darunter zunehmend mehr EU-Bürger, deren Prozentsatz nunmehr schon auf fast 30% gestiegen ist.

Der Integrationskurs besteht aus einem Sprachkurs mit bis zu 900 Unterrichtseinheiten. Ergänzt wird dieser durch einen 45-stündigen Orientierungskurs. In dem Orientierungskurs werden Alltagswissen und Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur sowie Geschichte in Deutschland vermittelt.

Das **ESF-BAMF-Programm** ist ein Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung. Seit dem Start 2009 haben knapp 76.000 Personen daran teilgenommen. Der Kurs

besteht aus einem Modul Sprachunterricht und einem Qualifizierungsmodul mit Praktika und Fachunterricht in den Betrieben.

- Das Bundesamt unterstützt die **Migrationsberatung** für erwachsene Zuwanderer (MBE) die mit 800 Beratern bundesweit in rund 600 Beratungseinrichtungen Zuwanderern zeitnah nach der Einwanderung ein Beratungsangebot zur Verfügung stellt. Zuwanderer werden damit an andere Angebote der Integrationsförderung herangeführt und bei allgemeinen Fragen beraten. 2011 haben über 144.000 Ratsuchende eine solche Beratungsstelle aufgesucht.
- Ergänzt werden diese Angebote durch die **Projektförderung**. Im Jahr 2012 haben wir insgesamt mit ca. 19 Mio. € über 370 mehrjährige Projekte gefördert. Mit den Projekten werden unter anderem Migrantenorganisationen sowie Jugendprojekte gefördert.
- Es geht aber nicht nur um Sprache und Beratung. **Religion** ist für alle Menschen ein wichtiges Identitätsmerkmal. Sie ist unserer Auffassung nach kein Integrationshinderung. Das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen stellt aber zweifelsohne auch eine gesellschaftliche Herausforderung dar, die im Integrationsprozess berücksichtigt werden muss; dies wird insbesondere deutlich mit Blick auf die fortwährenden Debatten um den Islam in Deutschland; auch die heutige Veranstaltung widmet ein eigenes Forum der Frage nach der Rolle der Religion im Integrationsprozess

Die Geschäftsstelle der **Deutschen Islam Konferenz (DIK)** ist beim Bundesamt angesiedelt. Im Mittelpunkt der DIK-Arbeit steht das Ziel, die Akzeptanz von Muslimen in der Aufnahmegesellschaft zu stärken. Erarbeitet wurde etwa mit den DIK-Mitgliedern eine Broschüre „Muslime am Arbeitsmarkt“.

Ziel ist es aber auch, die Debatte zu versachlichen. Das Bundesamt hat im Auftrag der DIK 2009 die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ erstellt. Erstmals liegen damit verlässliche Daten zur Zahl und den Lebenswelten der Muslime in Deutschland vor. Zwei Hauptergebnisse sind hervorzuheben:

- In Deutschland leben mit ca. 4 Mio. mehr Muslime als bisher angenommen
- Der Islam in Deutschland ist vielfältig und weist eine große Heterogenität auf.

II.

Das Bundesamt versteht Integration als einen wechselseitigen Prozess, der neben den Zuwanderern auch auf die **Aufnahmegesellschaft** gerichtet ist. Im Sinne eines wechselseitigen Integrationsverständnisses gilt es, die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft zu fördern und eine Willkommens- und Anerkennungskultur zu etablieren und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die Integrationsförderung und die Integrationsleistung von Zuwanderern ist die eine Seite des Integrationsprozesses. Aus einem zweiseitigen Integrationsverständnis- und den Anforderungen an eine kulturell vielfältige Gesellschaft heraus nimmt das Bundesamt aber auch verstärkt die Integrationsleistungen der Aufnahmegesellschaft in den Blick. Denn nur unter Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft kann das Ziel des gesellschaftlichen Zusammenhalts erreicht werden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist notwendige Voraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft. Zusammenhalt ist Grundbedingung für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft. Diesen zu erhalten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Grundlegend für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

und die Ermöglichung von ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder einer Gesellschaft sowie das gesellschaftliche Engagement sind das Teilen gemeinsamer Grundwerte und ein Zugehörigkeitsgefühl der Gesellschaftsmitglieder.

Im Zuge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, den unsere Gesellschaft erlebt, entstehen unterschiedliche Herausforderungen für Staat und Gesellschaft und dadurch auch für die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Integration ist auch angezeigt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Jeder fünfte Einwohner in Deutschland hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ausländische Wurzeln. Demnach haben rund 20 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Bei Betrachtung der Alterspyramide zeigt sich, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in den jüngeren Altersstufen sogar noch größer ist. 34,4 % der Kinder unter fünf Jahren haben mittlerweile einen Migrationshintergrund. Insgesamt wird die deutsche Bevölkerung also weniger, älter und vielfältiger. In Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern stammt inzwischen fast jedes zweite Kind aus einer Familie, in der mindestens ein Elternteil Migrationshintergrund hat. Kulturelle Vielfalt ist in Deutschland also bereits Realität. Das bedeutet, dass die Zukunft Deutschlands in vielen Bereichen ganz wesentlich auf Menschen mit Migrationshintergrund angewiesen ist. Die Potenziale dieser jungen Menschen sollten gefördert werden. Eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern, d.h. eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, politischen, kulturellen Leben und am Arbeitsmarkt, ist nicht nur für die Bewältigung des demografischen Wandels sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung.

Vielfalt ist jetzt schon gesellschaftliche Realität. Damit Integration gelingen kann, brauchen wir eine stärkere Anerkennung dieser Vielfalt. Voraussetzung hierfür ist eine von der Aufnahmegesellschaft gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur.

Das Bundesamt hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag dazu zu leisten, gesellschaftlichen und demografischen Herausforderungen im Sinne einer Willkommens- und Anerkennungskultur zu begegnen und hat Anfang 2012 Experten aus unterschiedlichen Bereichen der Integrationsarbeit an einem Runden Tisch „Aufnahmegesellschaft“ zusammengebracht - auch unter Beteiligung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vielen Dank für Ihre Mitwirkung.

Ziel war es, praxisorientierte Empfehlungen zur Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur zu erarbeiten. Hierzu wurden zwei Arbeitsgruppen in den Handlungsbereichen „Etablierung einer Willkommenskultur“ und, für den Bereich der Anerkennungskultur, „Interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“ eingerichtet.

Sämtliche Empfehlungen sind in einem Abschlussbericht zusammengefasst, der in Kürze auf der Internetseite des Bundesamtes veröffentlicht wird

Inhaltliche Anknüpfungspunkte finden sich auch in maßgeblichen politischen Prozessen der Bundesregierung. So wird in der Demografiestrategie ressortübergreifend diskutiert, wie u.a. eine nachhaltige Anwerbung und Integration von Fachkräften erreicht und Binnenpotenziale gefördert werden können.

Wir brauchen einen doppelten Ansatz: Wir müssen Fachkräfte gewinnen und Integration verbessern. So spricht die Bundesregierung in der Demografiestrategie davon, dass die Zuwanderung von Fachkräften und ihre Integration Hand in Hand gehen muss und hat die Ar-

beitsgruppe E 2 „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ ins Leben gerufen.

Mit Fokus auf eine stärkere Beteiligung der Aufnahmegesellschaft am Integrationsprozess wurden 2012 im Nationalen Aktionsplan Integration verbindliche Zielvorgaben gemacht, etwa im Bereich interkulturelle Öffnung der Bundesverwaltung oder von Hochschulen

Zur Betrachtung und integrationspolitischen Einordnung der Begriffe Willkommens- und Anerkennungskultur kann ein modellhafter Zuwanderungsprozess herangezogen werden. Zuwanderung besteht in diesem Schema im Wesentlichen aus drei Phasen: „Vorintegration“, „Erstorientierung in Deutschland“ und „Etablierung in Deutschland“, in denen Willkommen und Anerkennung in unterschiedlicher Gewichtung signalisiert, umgesetzt und etabliert werden müssen. Die rechtlichen Bedingungen rahmen den Gesamtprozess der Zuwanderung ein.

Der Begriff „Willkommenskultur“ bezieht sich vorrangig auf die unmittelbaren Phasen der Zuwanderung. Um Neu-Zuwandernden möglichst frühzeitig ein „Willkommen“ zu signalisieren ist es in dieser Phase notwendig, bestehende strukturelle Rahmenbedingungen attraktiver auszugestalten.

Parallel, mit dem Fokus auf die langfristige Etablierung in Deutschland, stellt der Begriff der „Anerkennungskultur“ die interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft in den Mittelpunkt. Und Anerkennung bedeutet hier nicht nur Anerkennung von ausländischen Diplomen von Talenten und Fähigkeiten, sondern bezieht sich auf den ganzen Menschen. Anerkennungskultur richtet sich in der Betrachtungsweise auf die gesamtgesellschaftliche Anerkennung aller in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund. Für diesen Bereich wurden unter Moderation des Bundesamtes Empfehlungen entwickelt, wie Vorbehalte gegenüber Migrantinnen und Migranten in der Bevölkerung abgebaut und ein Anerkennungskultur geschaffen werden können.

III.

Um Deutschland als Lebens- und Arbeitsstandort weiter attraktiv zu machen, brauchen wir eine **Willkommenskultur**. Hier müssen, wie eben erwähnt, in erster Linie die strukturellen Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden:

- Verschiedene Studien zeigen, etwa eine Anfang Februar 2013 veröffentlichte Studie der OECD, dass die bestehenden gesetzlichen Zuwanderungsbestimmungen für ausländische Fachkräfte im internationalen Vergleich vergleichsweise offen sind.
- Gleichzeitig ist die Zuwanderung von Fachkräften im internationalen Vergleich sehr gering. Woran liegt das?
 - In Befragungen hat sich gezeigt, dass Zuwanderer aus subjektiver Sicht die bestehenden Regelungen und Vorgaben für intransparent und kompliziert halten. Es gilt also aufzuklären und das „Image“ des deutschen Zuwanderungssystems attraktiver zu machen.
 - Das Bundesamt verfolgt hier unterschiedliche Ansätze mit seinen Partnern: Zum einen bieten wir mit einem telefonischen Bürgerservice kosten-

lose Beratung zu allgemeinen Fragen des Aufenthaltsgesetzes, zu Integrationskursen und seit April 2012 auch zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen an. 3000 Anrufe in den ersten 6 Wochen.

- Modellhaft werden wir in 2013, in Kooperation mit Bundesländern, Ausländerbehörden auf ihrem Weg zu Willkommensbehörden unterstützen – etwa, indem kultursensible Schulungen für Mitarbeiter angeboten und bei Bedarf Prozesse im Kundenkontakt optimiert werden.
- Weitere Empfehlungen des Runden Tisches für den Bereich der Willkommenskultur betreffen beispielsweise für die Phase der Vorintegration eine deutliche Verbesserung der Informationslage, damit die Entscheidung für die Zuwanderung erleichtert und eine zielführende Vorbereitung auf das neue Umfeld bedarfsgerecht ermöglicht werden kann. Nach der Einreise, während der Phase der Erstorientierung, sollen Zuwandernde auf verlässliche Informations- und Beratungsstrukturen stoßen. Damit Zuwandernde ihr Potenzial von Anfang an in vollem Umfang in die deutsche Gesellschaft einbringen können, soll im Ergebnis ein möglichst reibungsloser Einreiseprozess ermöglicht werden.

Aber was nützen strukturelle Verbesserungen, wenn es keine grundsätzliche Anerkennung und Offenheit für kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft gibt?

Deshalb brauchen wir zweitens auch eine **Kultur der Anerkennung** für alle in Deutschland lebenden Menschen. Sowohl für Zugewanderte als auch deren Kindern und Enkeln gegenüber.

- Studien, etwa des German Marshall Fund zeigen, dass die Mehrheit der Deutschen Zuwanderung noch immer als Problem und nicht als Chance begreift. Einer Befragung der Bertelsmann-Stiftung zufolge sind 70% der Meinung, dass mehr für Toleranz und Anerkennung getan werden müsse. Gleichzeitig wird mehrheitlich aber die Eigeninitiative der Zuwanderer gefordert.
- Die zweite und dritte Generation der in Deutschland lebenden Zuwanderer stellt den Anspruch, mitzugestalten, mitzureden und ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft zu sein. Zu häufig kommt es dabei zu der Situation, dass eine Person mit einem ausländisch klingenden Namen in einem Gespräch erklären muss, warum er / sie gut Deutsch spricht und was er / sie an fachlichen Kompetenzen mitbringt. Erst wenn Name und Herkunft im Miteinander keine Rolle mehr spielen, fühlen sich Zugewanderte und deren Nachkommen anerkannt und willkommen.

IV.

Das Miteinander muss also vorbehaltlos von Herkunft oder Aussehen gestaltet werden können. Die wachsende Vielfalt muss sich in allen Bereichen widerspiegeln. Unsere Gesellschaft kann auf den Beitrag von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht verzichten. Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst. Unsere Gesellschaft braucht mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Lehrer, Feuerwehrleute, Polizisten, Verwaltungsangestellte und Beamte. Ihr Anteil beträgt im Bundesamt nach einer anonymisierten Umfrage, an der nahezu 60 % der Beschäftigten teilnahmen, 16 %, und bei den Auszubildenden des Bundesamtes seit Jahren etwa ein Drittel – das ist mehr als in anderen Behörden. Um den Anteil von Men-

schen mit Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst zu erhöhen, hat das Bundesinnenministerium im Januar die im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entwickelte Internetseite www.wir-sind-bund.de eingerichtet, die sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund als potenzielle Auszubildende und ihre Eltern richtet und über rund 130 verschiedene Ausbildungsberufe in der Bundesverwaltung informiert.

Interkulturelle Öffnung betrifft aber die gesamte Gesellschaft. Wir brauchen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein Miteinander, kein Nebeneinander, wir brauchen Engagement und Identifikation der Zuwanderer mit der Gesellschaft und ein offenes Auf-sie-Zugehen von denen, die schon länger hier leben. Ziel ist, einen selbstverständlichen und pragmatischen Umgang mit kultureller Vielfalt zu erreichen und eine Kultur zur Anerkennung zu fördern. Hier arbeitet das Bundesamt eng mit den Trägerorganisationen der politischen Bildung wie z. B. der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen und hat eine Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“ ins Leben gerufen, in der Experten Empfehlungen erarbeiten, wie z. B. das Thema Integration in bestehende Angebote der Fort- und Weiterbildung der politischen Bildung eingebracht werden kann.

Wir sind froh, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung – mit Herrn Dr. Gruber – an unserem Runden Tisch „Aufnahmegesellschaft“ vertreten war, um Empfehlungen zur Etablierung einer Anerkennungskultur zu erarbeiten. Die Empfehlungen richten sich in erster Linie an Akteure, Verantwortliche und Multiplikatoren in den Bereichen der politischen Bildungsarbeit und Weiterbildung sowie an bürgerschaftliche Gremien oder Integrationsbeiräte. In ihrer Wirkung sollen diejenigen Teile der Bevölkerung adressiert werden, bei denen Vorbehalte bestehen und die bislang mit den herkömmlichen Angeboten noch nicht in ausreichendem Maße erreicht werden. Beispielfhaft kann ich an dieser Stelle folgende drei Empfehlungen benennen:

- Die Stiftungen und Träger der politischen Bildungsarbeit haben ein breites Netz an Fort- und Weiterbildungsangeboten und erreichen breite Schichten der Bevölkerung. Die Verankerung des Themas Integration als Sub-Thema in den vielen unterschiedlichen (Weiter-) Bildungsangeboten kann dazu beitragen, Migration und Integration als selbstverständlichen Bestandteil jedes Lebensbereiches zu vermitteln.
 - Zur Förderung einer Anerkennungskultur vor Ort muss der gleichberechtigte Dialog zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ermöglicht werden. Bürgerplattformen sind hierfür eine empfehlenswerte Möglichkeit. Sie können das kommunale Zusammenleben stärken, indem sich Bürger eines Stadtteils zusammen für ihre gemeinsamen Interessen einsetzen.
 - Vorbehalte gegenüber einer pluralen und ethnisch diversen Gesellschaft müssen nach wie vor abgebaut werden; wir möchten daher gemeinsam mit einem breiten Bündnis an gesellschaftlichen Akteure eine mehrschichtige Kampagne entwickeln, die unsere Gesellschaft zur Anerkennung von Vielfalt aufruft
- Mit der heutigen Konferenz, die mit den Foren unterschiedliche Themenbereiche behandelt, wird auch die internationale Perspektive eingenommen. Damit werden die genannten Punkte und die Aspekte einer Willkommens- und Anerkennungskultur sicherlich noch einmal um weitere Beispiele erweitert.
 - Ich wünsche mir, dass die Diskussionen auf dieser Tagung und der zweiten Nachfolgeveranstaltung im Mai in Berlin zu beitragen, Migration und Integration als gesellschaftliches Potenzial zu erkennen und wahrzunehmen. Es gilt von der Realität einer vielfältigen Gesellschaft zu einer Normalität im Umgang miteinander zu kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Perspektiven der Integrationspolitik in Deutschland

1. Kongress „Integration in Deutschland – Was ist noch zu tun“

Konrad-Adenauer-Stiftung, Schloss Eichholz, 7./8. März 2013

Es ist nicht ganz einfach für eine eingefleischte Kommunalpolitikerin, sich zu einem Gesamtüberblick über ein gesellschaftspolitisches Thema aufzuschwingen – auch dann nicht, wenn man in bundesweiten Gremien wie dem Deutschen Städtetag den Blickwinkel über die lokale oder regionale Perspektive hinaus erweitern konnte. Denn dort findet Politik nicht in Kongresszentren, in Zahlenkolonnen oder auf Bildschirmen statt. Vielmehr begegnet sie einem direkt, „unplugged“ in „real time“; konkrete Probleme verlangen lebensnahe Lösungen. Gewollt oder nicht entwickelt man daher seine Überlegungen dann doch immer wieder aus der unmittelbaren Situation vor Ort, aus der eigenen Erfahrung. Und stellt überrascht fest, dass diese Lösungsansätze meist sogar funktionieren....

I. Integration als urbanes Projekt

Im Falle der Integrationspolitik halte ich das indes nicht nur für legitim, sondern letztlich auch für den einzig wirklich zielführenden Ansatz - zumindest immer dort, wo es um die konkrete Gestaltung dessen geht, was unter dem Begriff „Integration“ zu subsumieren ist. Und zwar aus folgenden Gründen:

1. Im globalen Maßstab gehen wir einem Jahrhundert der Städte entgegen. Nach derzeitigen Schätzungen werden bis 2050 mehr als drei Viertel der Weltbevölkerung in Städten leben. Auch Migranten zieht es zuallererst in die Ballungszentren. Was immer sich an gesellschaftlichen Prozessen vollzieht, wird quantitativ wie qualitativ die stärksten Auswirkungen in den urbanen Zentren entfalten.
2. Das System Stadt ist per se auf dauernde Veränderung, auf ständige Anpassung und Entwicklung ausgelegt. Die Stadt ist Labor und Bühne für politische, gesellschaftliche, kulturelle und technische Innovationen. Hier werden Entwicklungen früher, konzentrierter und konturierter sichtbar als in der übrigen Gesellschaft, und schon allein deshalb müssen hier auch Lösungen gesucht, improvisiert und ausprobiert werden, die später als Blaupausen für gesamtstaatliche Maßnahmen fungieren können.
3. Immer größere Anteile des Bruttosozialprodukts werden in den urbanen Großregionen erzeugt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass nur große Konzentrationen von Menschen die nötige Masse an unterschiedlichen Talenten, Fähigkeiten und Kreativität auf engem Raum beherbergen können, die eine diversifizierte Wissensgesellschaft benötigt. Entgegen mancher Annahme netz-affiner Zukunftsforscher ziehen Menschen nach wie vor den persönlichen Kontakt und Austausch der Kooperation in virtuellen Räumen via Skype, sozialen Medien oder Arbeitsplattformen vor.
4. Daher muss die Stadt der Wissensgesellschaft stets von neuem ihre Vitalität und an Lebensqualität unter Beweis stellen. Diese Eigenschaften sind ein wichtiger Standortfaktor im weltweiten Wettbewerb der Städte um die wichtigsten Ressourcen des 21. Jahrhunderts: Wissen, Kultur und Kreativität. Denn die kreativen Köpfe, die Hochqualifizierten, gehen dorthin, wo es sich unter seinesgleichen gut leben lässt. Folglich lassen sich auch die wissensintensiven Unternehmen bei ihrer Standortwahl von dieser Logik der Lebensqualität leiten.

Die Stadt Frankfurt am Main kann im deutschen und europäischen Maßstab in vieler Hinsicht als exemplarisch für diese Entwicklung gelten. Frankfurts Wirtschaft – wovon die Stadtverwaltung keine Ausnahme macht – mit ihrem Schwerpunkt auf hochwertiger Dienstleistung benötigt in erster Linie gut qualifizierte Arbeitskräfte mit internationalem Zuschnitt. Dies resultiert allein schon aus der Tatsache, dass inzwischen selbst mittelständische Unternehmen in den bei uns vorherrschenden Branchen Finanzdienstleistung, Kommunikation, Logistik und High-Tech im Bereich Life Science international aufgestellt sind.

Wenn eine Volkswirtschaft beinahe zwei Drittel ihres Bruttosozialproduktes aus Exporten erzielt, sind internationale Verflechtungen, ist die Kenntnis der Märkte und Kunden unerlässlich. Was geschieht, wenn man diese vernachlässigt, indem man in den Unternehmenszentralen eben keine Mitarbeiter aus Zielmärkten beschäftigt, exerzieren gerade Konzerne wie Google, Amazon oder Opel vor:

So werden Rassendiskriminierung oder Sexismusvorwürfe gegen Unternehmen in der amerikanischen Öffentlichkeit und den US-Medien bekanntlich schwer abgestraft. Berichte über die Ausbeutung von Arbeitnehmern oder menschenverachtende Arbeitsbedingungen bleiben in den Vereinigten Staaten dagegen in der Regel ohne Folgen. In Europa, in Deutschland allemal, werden solche Berichte, die in Europa für beträchtlichen Ärger und massive Einbußen sorgen.¹ Gleiches gilt natürlich in jeder interkulturellen Geschäftsbeziehungen; das geht schon bei unterschiedlichen Unternehmenskulturen in Frankreich oder den Niederlanden los.

Insofern kann man den deutschen Unternehmen nur dringend anraten, herzlich zuzugreifen, wenn jetzt junge Menschen aus den europäischen Krisenländern auf dem deutschen Arbeitsmarkt neue Chancen suchen. Das nämlich sind nicht die ungelerten Arbeitskräfte der ersten Migrantengenerationen der Sechziger. Diese neuen „Gastarbeiter“ stehen nicht am Fließband, sondern am Operationstisch, konstruieren Maschinen, entwerfen Produkte und entwickeln Software.² Sie sind eine Riesenchance für unsere Unternehmen und für ihre Heimatländer, denn sie schärfen den Firmen hierzulande natürlich auch den Blick für Investitionschancen in ihren Herkunftsländern – in Istanbul, Izmir und Ankara kann man die Resultate solcher interkulturellen Businesskulturen immer häufiger beobachten, warum nicht auch eines Tages in Murcia, Porto oder Korinth.

II. Integration als Teilbereich gesellschaftlichen Wandels

Natürlich kommen nicht nur portugiesische Bankmanager, spanische Bauingenieure und italienische Biologieprofessoren nach Frankfurt. Schon aufgrund des Flughafens und der zahlreichen bereits bestehenden ausländischen Gemeinschaften ist Frankfurt auch ein Anlaufpunkt für Neuzuwanderer minderer beruflicher Qualifikation.

Dennoch sind in der Stadt keinerlei großflächige Sozialghettos mit der charakteristischen brennenden Mischung aus abgestiegenen oder abstiegsbedrohten deutschstämmigen und nicht integrierten, dauerhaft von Sozialtransfers abhängigen Migrantenkolonien entstanden. Natürlich gibt es solche Familien auch, ebenso einen Wohnblock hier, einen Straßenzug da, indem sich solche Personengruppen ballen, was auch durchaus nicht immer konfliktfrei abgeht.

Dennoch sind wir von Problemzonen, die ganze Stadtteile umfassen wie in anderen deutschen und europäischen Großstädten weit entfernt. Das ist weder ein Wunder, noch ein glücklicher

¹ Für US-Konzerne sind die Deutschen ein Rätsel, DIE WELT, 23.02.2013

² Vgl. Die neuen Gastarbeiter, DER SPIEGEL 9/2013 v. 25.02.2013

Zufall, sondern Ergebnis einer gestaltenden und durchaus andernorts wiederholbaren Stadtpolitik.

Auch Frankfurt hat in den vergangenen drei Jahrzehnten einen massiven wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel bewältigt. Industrielle Arbeitsplätze mit großen Zahlen vorwiegend einfacher Tätigkeiten sind aus dem Stadtgebiet völlig, aus der Region in erheblichem Umfang verschwunden. Andernorts wurden die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte, namentlich minderqualifizierte Migranten an die Arbeitslosigkeit entlassen. Sie bildeten oftmals den Grundstock besagter Problemviertel mit inzwischen oftmals generationenübergreifend verfestigten Hartz-IV-Milieus.

Der Frankfurter indes ist ein ziemlich pragmatischer, dabei ungeduldiger, mitunter gar zappelliger Typ, der lieber anpackt als abwartet, lieber als Handelnder denn als Behandelter auftritt. Nicht umsonst heißt es, in Frankfurt sei heute schon Vergangenheit, was anderswo morgen noch Zukunft ist. Als über Jahrhunderte gewitzter Kaufmann hat er gelernt, im Wandel immer erst die Chance und dann das Risiko zu sehen. Während man andernorts – das nahe Ruhrgebiet mag als Beispiel dienen – mit viel Pathos und noch mehr Geld aus einer Defensivhaltung heraus versucht hat, den Wandel aufzuhalten, zu verzögern, ja wegzureden, hat man ihn im Rhein-Main-Gebiet lieber aktiv gestaltet als ihn zu erleiden.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Über dem Image der Bankenmetropole wird allzu leicht übersehen, dass Frankfurts Bankensektor mit rund 65.000 Beschäftigten ein Dienstleistungssektor in Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit rund 170.000 Arbeitsplätzen gegenübersteht.³ Hier finden auch Menschen Arbeit, die nicht mit einer Habilitation im Gepäck und den Deutschkenntnissen eines Goethe in unser Land kommen. Und wie wir alle wissen, ist die Integration in den Arbeitsmarkt nicht nur der Beginn der wirtschaftlichen und sozialen Integration, sondern auch der gesellschaftlichen Anerkennung und Teilhabe.

Von diesem Startblock aus kann der eigene Aufstieg, spätestens aber der der Kinder seinen Weg nehmen. Um dieses Potential aus dem runden Drittel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu erschließen, investiert die Stadt insbesondere in die Schul- und Erwachsenenbildung sowie in die vorschulische Kinderbetreuung – und am Anfang steht die Sprachkompetenz! Frankfurt war eine ersten Städte, die – wohlgerne auf eigene Kosten – die Sprach- und Integrationskurse eingeführt und weiterentwickelt hat, die heute vom BAMF verbindlich für alle Migranten vorgeschrieben sind, die Sozialleistungen beziehen.

Spracherwerb und Bildung sind der Schlüssel – ohne sie verlieren die Menschen ihre Lebenschancen, müssen Wirtschaft und Gesellschaft auf Talente und Fähigkeiten verzichten, die sie dringend benötigen. Deshalb sorgt eine ebenso tief wie breit aufgestellte Bildungslandschaft im Rhein-Main-Gebiet dafür, dass Menschen aller Bildungsstufen und Interessen die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten zu entfalten und weiterzuentwickeln.

IV. Integration als Konfliktzone

Alles gut also, Friede, Freude, Baklava? Keineswegs. Auch in und um Frankfurt beobachten wir mit einiger Sorge die zunehmenden Aktivitäten radikaler islamistischer Agitatoren, auch hier gibt es Moscheevereinigungen, aus denen überaus besorgniserregende Äußerungen zu hören sind, auch wir wurden gerichtlich gezwungen, Kundgebungen des Salafistenpredigers Pierre Vogel zuzulassen. Gemäßigte Muslime sehen mit Entsetzen genau die Leute Fuß fas-

³ Zahlen von 2009, vgl. Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2012, S. 76

sen, vor denen sie einst in freiheitliche Länder geflohen sind, die jüdische Gemeinde benötigt zusätzliche Schutzmaßnahmen.

In Folge regt sich unter der deutschen Mehrheitsbevölkerung Widerstand gegen neue Moscheebauprojekte. Sie werden mit größtem Mißtrauen beäugt und die regelmäßig aufkeimenden Proteste lassen sich nur unter erheblichem Überzeugungsaufwand seitens der Stadtpolitik und der islamischen Organisationen in den jeweiligen Stadtvierteln eindämmen. Meist erwächst aus diesem Kommunikationsprozess durchaus einiges an Nähe und Dialog, die aber immer prekär bleiben: Ein einziger Zwischenfall, und Misstrauen und Ablehnung gewinnen sofort wieder die Oberhand.

Nun kann eine multinationale Stadtgesellschaft per se kein spannungsfreier Ort sein, sie soll es auch gar nicht sein. Solange diese Spannungen in einem geregelten Miteinander korrespondieren und kreative Potentiale frei setzt, sind sie ja gerade das Wesensmerkmal, das die Stadt als gesellschaftliches Labor auszeichnet.

Dazu müssen indes die unerlässlichen Regeln klar formuliert und konsequent durchgesetzt werden. Insofern, hier borge ich mir einen Gedanken unseres Bundestagspräsidenten Norbert Lammert,

„bedürfen multikulturelle Gesellschaften einer Leitkultur, denn sie können ihre unvermeidlichen Konflikte nur bewältigen, wenn sie verbindlich wissen, was gilt.“ Und das heißt dann eben auch, dass Migration nicht nur einen Ortswechsel, sondern einen individuellen Kulturwandel erfordert, denn, so Lammert weiter, „Leikultur bedeutet, dass nicht alles, was kulturell begründet oder begründbar ist, in einer Gesellschaft in gleicher Weise gelten kann.“⁴

So kann z.B. die Beschneidung von Frauen, die in zahlreichen nichtislamischen und islamischen Gesellschaften Afrikas weit verbreitet ist und von zahlreichen islamischen Rechtsgelehrten aus der Scharia legitimiert wird, bei uns mit Berufung auf die Religionsfreiheit nicht praktiziert werden, da sie gegen das in Artikel 2 Abs. II garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit verstoßen würde.

Insofern ist Integration in die deutsche Gesellschaft ist die Grundvoraussetzung für ein dauerhaftes gedeihliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, gerade in Ballungsgebieten. Nur auf der Basis gemeinsam akzeptierter und gelebter Werte und Ziele können die Vorteile kultureller Diversität wirklich nutzbar gemacht und das konfliktträchtige Entstehen von Parallelgesellschaften verhindert werden.

Für die internationale Stadt Frankfurt spielt der interreligiöse Dialog eine zentrale Rolle. Wir haben daher vor ziemlich genau vier Jahren⁵ einen „Rat der Religionen“ ins Leben gerufen, dessen 23 Mitglieder zehn der größten Glaubensgemeinschaften der Stadt repräsentieren. Das sind viele, es sind wichtige – aber es sind nicht alle. Hier leben Menschen aus 175 Nationen, und wir kennen inzwischen mehr als 150 religiöse Zuwanderergemeinden, denn neben den großen Weltreligionen sind inzwischen viele unterschiedliche religiöse Richtungen hier präsent. Die Leitgedanken eines solchen Zusammenlebens können folglich nur Respekt und Toleranz sein. Die Mitglieder des Rates leben als führende Mitglieder ihrer Glaubensgemeinschaften Respekt und Toleranz in ihren Religionen, und halten den Dialog untereinander und mit der übrigen Stadtgesellschaft in Gang, was hoffentlich auch beispielgebend für andere Glaubensgemeinschaften wirkt.

⁴ Lammert, Norbert: Flagge zeigen – Vielfalt bedeutet Orientierung, Lahr: St. Johannis 2008, S. 11, S. 9

⁵ 6. April 2009

Um besagte Stadtgesellschaft in das Dauerprojekt „Integration“ einzubeziehen und Ideen und Vorschläge abzufragen, und um daraus konkrete Konzepte zu entwickeln, wurde im Herbst 2009 unter dem Titel „Vielfalt bewegt Frankfurt“ ein Diskussionsprozess in Gang gesetzt. An dem Online-Blog und den Veranstaltungen haben sich rund 47.000 Frankfurterinnen und Frankfurter beteiligt. Ein Jahr später war daraus ein Integrations- und Diversitätskonzept entstanden, das von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet wurde und rund sechzig Leitlinien zur Frankfurter Integrationspolitik formuliert. Gegenwärtig wird auf dieser Grundlage an einem weiteren, dann dauerhaften Beteiligungsportal zur Integration gearbeitet.

V. Ein vorläufiges Fazit

Was folgt nun aus alledem? Ich denke, meine Ausführungen haben klar gemacht, dass eine gelingende Integrationspolitik nicht von der übrigen Gesellschaftspolitik getrennt betrachtet und umgesetzt werden kann. Zuwanderung ist Realität, und sie ist eine Notwendigkeit. Ohne sie kann die deutsche Gesellschaft am Vorabend eines historischen einmaligen demographischen Wandels, in der Mitte eines Kontinents mit offenen Grenzen und einem Exportanteil von fünfzig Prozent am BIP ihre Leistungsfähigkeit und ihren Wohlstand nicht erhalten.

Die Stadt muss dabei die Teilhabe von Zuwanderern an Bildungssystem und Arbeitsmarkt gewährleisten – das ist nicht allein Grundvoraussetzung für Stabilität und sozialen Frieden, sondern auch dafür, die Potenziale der Einwanderer zu aktivieren. Dazu braucht es Integrationsleistungen auf beiden Seiten. Die Möglichkeit von Aufstieg und Anerkennung durch Bildungserfolge und Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben ist ein zentrales Versprechen unserer Städte in der Wissensökonomie. Lösen sie es nicht ein, verliert die Stadt ihre Legitimation und ihre Funktion als Innovationsplatz. Um den höchst unterschiedlichen Situationen vor Ort gerecht zu werden, sollten ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den Kommunen die rechtlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zugewiesen werden, um mit ihre ganz konkreten Integrationsaufgaben wahrnehmen zu können.

Dies entspricht auch dem Konnexitätsprinzip, wie sich aus einem ganz aktuellen Beispiel herleiten lässt. Es besagt, dass derjenige, der einer staatlichen Ebene Aufgaben zuweist, dieser auch die dafür nötigen Mittel bereitstellen muß. In Hessen steht das in der Landesverfassung. Wer also in Brüssel mit Berliner Zustimmung Rahmenbedingungen schafft, die große Zahlen von Armutsflüchtlingen aus südosteuropäischen EU-Ländern in unsere Städte zieht und nicht imstande ist, diesen Zustrom einzudämmen, der soll gefälligst auch die Voraussetzungen schaffen, diese Menschen hier angemessen zu integrieren. Dass dies den Verantwortlichen und der jeweiligen Stadtgesellschaft vor Ort dann gelingt, steht für mich außer Zweifel; den Beweis haben wir erbracht. Wenn Berlin sich dazu durchringen könnte, den Kommunen und Regionen –die Landesregierungen kann man hier getrost übergehen – die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und die Verantwortung dorthin zu verlagern, wo sie ohnehin wahrgenommen werden muss, dann, wie heißt es so schön, „dann geht noch was“.

Ich danke Ihnen.

Integration in Deutschland – Was ist noch zu tun?

07./ 08.03. 2013 im Bildungszentrum Schloss Eichholz

Zentrale Ergebnisse der Foren

Forum I: Soziale Platzierung und politische Teilhabe

Niederlande:

Über die Situation in den Niederlanden berichtete Ruud Helmink, wissenschaftlicher Referent der CDA-Fraktion der Niederlande in der Zweiten Kammer im Arbeitskreis Integration und im Arbeitskreis Wohnen, Stadtentwicklung und Infrastruktur.

Migranten stellen in den Niederlanden 12% der Bevölkerung. Das Land legt den Schwerpunkt auf Integration durch Spracherwerb und durch die Eingliederung in das Arbeitsleben. Allerdings ist in vielen Berufen der Frauenanteil stark gestiegen (z.B. in medizinischen Berufen). In der Folge werden diese Berufe von männlichen türkischen und marokkanischen Jugendlichen (den beiden größten Minderheiten) weniger stark gewählt. Offenbar ist es ihnen unangenehm, in Berufen mit hohen Frauenanteilen zu arbeiten, wo sie auch mit weiblichen Vorgesetzten rechnen müssten.

Bei der Kriminalität unterscheiden sich die beiden Migrantengruppen: Während türkische Migranten eher schwere Delikte begehen, neigen marokkanische eher zur Kleinkriminalität. In Amsterdam ist ein Programm ziemlich erfolgreich, das sich auf 300 kriminelle Jugendliche Politisch beteiligen sich marokkanische Migranten stärker als türkische; es gibt auch schon marokkanische Bürgermeister. Migranten mit türkischem Hintergrund organisieren sich stärker in Gruppen, die sich stark auf religiöse Themen beziehen. Sie organisieren sich eher parallel zur Türkei.

Bei Integrationsverweigerung wird in den Niederlanden der Druck verstärkt. Zunächst werden Sozialleistungen reduziert; es kann aber auch bis zur Ausweisung führen.

Österreich:

Die Situation in Österreich erläuterte Asdin el Habbasi. Er ist selbst praktizierender Moslem und Landesobmann der Salzburger JVP (Junge ÖVP), der Nachwuchsorganisation der ÖVP.

Im Gegensatz zu Deutschland ist in Österreich Asyl / Zuwanderung ist von Integration entkoppelt. In Deutschland hat man die Kompetenzen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebündelt, während in Österreich für Asyl / Zuwanderung einerseits und Integration verschiedene Stellen verantwortlich sind.

Auch in Österreich betrachtet man die Sprache als Schlüssel zur Integration; dementsprechend wird die Sprachförderung auch gefördert. Als zweiten Aspekt der Integration fordert man den Zuwanderern Leistung ab. Insbesondere wird die Teilnahme am Arbeitsleben erwartet.

Dazu werden Barrieren abgebaut. Z.B wurde die Anerkennung von Berufsabschlüssen erleichtert und auch beim ehrenamtlichen Engagement wurden Hindernisse beseitigt. Die politische Beteiligung von Migranten ist relativ gering; im österreichischen Parlament besitzt nur eine Abgeordnete einen direkten Migrationshintergrund. Allerdings werden zur Zeit Strukturen geschaffen, die Migranten eine verbesserte politische Beteiligung ermöglichen soll: Die meisten Parteien (außer den rechten) haben eigene Strukturen für Migranten aufgebaut.

Die Situation in Österreich wird auch dadurch etwas entspannt, dass Islam eine anerkannte Religion ist. So gibt es in den Schulen islamischen Religionsunterricht; das führt generell zu mehr Anerkennung der Muslime.

Frankreich:

Die Situation in Frankreich schilderte Antoine Jardin, Doktorant am Sciences Po Centre d'études européennes. Der Titel seiner Dissertation ist: Participation électorale et dispositifs d'encouragement dans les zones touchées par les violences urbaines collectives.

Antoine Jardin untersuchte vor allem die Lage in den Vorstädten (den Banlieues) Es zeigt sich, dass die räumliche Nähe von Migranten das Wahlverhalten der einheimischen Bevölkerung ändert: Extrem rechte Parteien gewinnen deutlich an Zuspruch.

Die Migranten selbst wählen aber eher linksorientiert. Bei der letzten Wahl hat Sarkozy stark polarisiert. Sarkozy versuchte, bei den Rechten zu punkten; Migranten haben ihn kaum gewählt. Die Einwanderungspolitik war für viele Franzosen wahlentscheidend. Insgesamt nimmt die Wahlbeteiligung von Migranten zu.

Sehr viele Migranten besitzen die französische Staatsbürgerschaft. In den Parteien sind sie jedoch unterrepräsentiert. Die französischen Parteien sind stark auf die Präsidentschaftswahlen fokussiert und bieten wenig Strukturen für Migranten, sich politisch zu beteiligen. Sprachprobleme sind in Frankreich vor allem bei Zuwanderern aus Osteuropa ein Problem.

Forum II Integration durch Bildung und Arbeit

England:

Robin Richardson, Director von Insted (Inservice Training and Educational Development), London, berichtete über die Situation in Großbritannien.

Er wies darauf hin, dass sich die Ziele der Integration in der englischen Politik mehrfach verändert haben. Es gab keinen stetigen Weg bei der Integration, keine Visionen und viel Uneinigkeit. Derzeit ist das Verbot der Rassendiskriminierung zusammen mit Verbot von Diskriminierung anderer Minderheiten geregelt.

Es gab mehrere Regierungsprojekte gegen Diskriminierung, aber auch andere Projekte von Nichtregierungsorganisationen, vor allem von Lehrern und Berufsorganisationen. Die Themen behandelten meistens das Lebensgefühl britischer Muslime.

Englische Schulen sollen heute Programme zur Integration aufweisen. In Rankings werden Schulen nur dann gut bewertet, wenn sie Programme zur Integration nachweisen können.

Der Bildungserfolg von Migranten unterscheidet sich deutlich je nach ihrem Herkunftsland: Inder haben mit Abstand den besten Bildungserfolg (75% Hochschulreife); sie liegen damit besser als der Durchschnitt der weißen Briten (58%). Zuwanderer aus der Karibik schneiden am schlechtesten ab (49%);

Viele Briten haben Angst vor Veränderung und geben Muslimen die Schuld an vielen Problemen.

In England gibt es keine Analysen zur Religion, nur zur Herkunft.

Ziele der Politik: Fairness, gerechte Gesellschaft

Österreich:

Franz Wolf-Maier ist seit 2013 Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds (OIF) und berichtet über die Situation in Österreich.

Er beklagte, dass die Bundespolitik in Österreich nur wenig Akzente setzt. Allerdings wurde 2010 ein nationaler Aktionsplan mit 10 Handlungsfeldern entwickelt und seit 2011 gibt es einen Integrationsbeirat und einen Expertenrat.

Neu in Österreich sind Willkommenzentren, an die sich Zuwanderer wenden können und die Hilfestellungen anbieten. Sie bieten Informationen und Sprachkurse an. Die Angebote zum Spracherwerb wurden verstärkt, wobei diese Angebote vor allem bei Kindern (schon im Kindergarten) und Jugendlichen ansetzen. Sprachkurse erhalten geringere Unterstützung als in Deutschland. Insgesamt ist allerdings noch ein starkes Zurückbleiben der Migranten beim Bildungserfolg zu beklagen.

Um Migranten zu größeren Anstrengungen zu motivieren, setzt man auch auf Motivation durch Vorbilder.

In Wien besitzen 40% der Einwohner einen Migrationshintergrund; die stärkste Gruppe sind die Deutschen. Es gibt aber auch viele Türken.

Schweden:

Lars Raden, Kommunalrat in Solna (Schweden), verantwortlich für Arbeit, Integration und Soziales, berichtete über die Situation in Schweden.

Schweden leidet unter einem wachsenden Zuspruch für Rechtsextreme mit ausländerfeindlichen Einstellungen.

Schweden hatte immer eine hohe Zuwanderung; heute werden – wie in Deutschland auch – qualifizierte Migranten gesucht. Auch Schweden steht vor dem Problem, qualifizierte Facharbeiter zu finden.

Die Zuständigkeit für die Integration lag früher bei den Kommunen. Die kommunalen Maßnahmen waren aber in vielen Fällen nicht sehr erfolgreich; wurde die Zuständigkeit für Integrationsmaßnahmen jetzt die nationale Ebene übertragen.

Ein Ausnahme unter den Kommunen bildet die Stadt Solna. Hier besitzen 20 Prozent der Bürger einen Migrationshintergrund. Die Stadt hat es geschafft, die Arbeitslosigkeit unter Migranten unter 2 Prozent zu drücken. Grundlage für diesen Erfolg war vor allem konsequente Arbeitsförderung, auch mit Hilfe von Beschäftigungsprogrammen. Diese Programme führten in der Mehrzahl zu regulären Arbeitsverhältnissen.

Forum III Die Rolle der Religion im Integrationsprozess

Islam wird in den Medien meistens als Integrationshindernis diskutiert. Daher sei es kaum verwunderlich, wenn Studien nun belegten, dass 80 Prozent der Deutschen den Islam für eine gewalttätige und 60 Prozent für eine undemokratische Religion hielten.

Niederlande

Dr. Mohamed Ajouaou, im niederländischen Ministerium für Sicherheit und Justiz verantwortlich für die islamische Seelsorge in den Strafvollzugsanstalten, lobte den Ansatz des Workshops, Religiosität als Ressource zu betrachten. „Dies zu tun, gerade mit Blick auf den Islam, erfordert heutzutage geistige Beweglichkeit.“ Er zitierte eine Studie, nach der die zweite und dritte Generation zugewanderter Muslime in den Niederlanden sich fast eben so sehr mit ihrer Religion identifizierten wie die erste Generation. Niederländischen Muslimen, so Ajouaou, seien ihre Religion und die Einhaltung der Gebote mehrheitlich sehr wichtig. Integration sei jedoch erreicht, wenn man sich nicht nur für die Interessen der eigenen Religionsgemeinschaft, sondern für gemeinsame Ziele der Gesellschaft einsetze. Islamische Gemeinden seien auf dem Weg dahin. Derzeit fehle es noch an professioneller Organisation, einer langfristigen Strategie, an einer theologischen Fundierung des Staatsangehörigkeitsprinzips und an einer theologischen Fundierung für soziales Engagement.

Großbritannien

Shenaz Bunglawala, Mitglied im British Council for Muslims, zeigte, dass die Zahl der Muslime in Großbritannien zwischen 2001 und 2011 von 3 auf 4,8 Prozent gestiegen sei. Auch in Großbritannien gäben Muslime ihre Religion sehr bewusst an die nächste Generation weiter. Interessant für die Identität junger Muslime sei auch eine Studie, nach der sich 75 Prozent der Muslime mit ihrer Religion identifizierten, jedoch auch 82 Prozent angaben, dem UK gegenüber loyal zu sein. Bunglawala entwickelte daraus das Konzept der „Superdiversity“. Darunter versteht sie, dass Identitäten durch Migration, globale Mobilität und die kulturellen und religiösen Wahlmöglichkeiten vielschichtig seien. Die religiöse Identität sei nur eine der Facetten eines jeden Menschen. Mit ihrem Projekt *Engage* möchte Bunglawala den medialen und politischen Diskurs über Identität und besonders über Muslime versachlichen.

Österreich

Der Religionspädagoge Moussa Al-Hassan Diaw erläuterte, dass die Religiosität der Muslime in Österreich von der ersten zur zweiten und dritten Generation eher zugenommen habe. Die in Österreich geborenen und aufgewachsenen Muslime seien auf die österreichische Gesellschaft ausgerichtet und erstrebten dort die Anerkennung ihrer Religion. Sie nutzten ihre Religion als Brücke der Kommunikation zwischen beiden Kulturen, indem sie sich gerade mit ihrer Religiosität aktiv in die österreichische Gesellschaft einbrächten. Die Religion entfalte gerade jetzt für Muslime ihre integrierende Wirkung. Sie werde von jungen Muslimen durchaus auch als Argument gegen die traditionellen Vorstellungen der eigenen Eltern angewandt. Gleichzeitig gebe es an dieser kritischen Stelle der Neuformulierung der religiösen Identität auch die Gefahr, dass Jugendliche von radikalen Predigern im Internet fasziniert

seien. Diaw, der Mitglied im Schura-Rat der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich ist und in Osnabrück lehrt, betonte, dass Religion an sich kein Hindernis im Integrationsprozess sei. Vielmehr stabilisiere und schütze eine gefestigte Religiosität vor Radikalisierung.

Diskussion

In der Diskussion wurde besonders von Kommunalpolitikern das Problem angesprochen, muslimische Ansprechpartner für die Politik zu finden. Betont wurde von den Zuhörern und den Referenten die Verantwortung der Muslime, auf die Institutionen und andere gesellschaftliche Gruppen in ihren Gemeinden aktiv zuzugehen und sich an Austausch und gemeinsamen Initiativen zu beteiligen. Schließlich wurde davor gewarnt, Moscheegemeinden nicht mit Integrationsaufgaben aus den verschiedensten Bereichen zu überfordern. Sie hätten oftmals gar nicht die professionelle Struktur, um neben den religiösen Diensten auch noch Sprachunterricht, Hausaufgabenhilfe, Familienberatung, Sport und anderes auf professionellem Niveau anzubieten, so eine Teilnehmerin. Vieles geschehe dort ehrenamtlich. Darüber hinaus leiste die ganze Vielfalt an Bildungseinrichtungen, Jugendorganisationen und Sportvereinen einen wesentlichen Beitrag zur Integration der nächsten Generationen.